

Ressort: Politik

Bayern und Hessen klagen gegen Länderfinanzausgleich

Wiesbaden, 05.02.2013, 18:42 Uhr

GDN - Die Landesregierungen von Bayern und Hessen wollen vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Länderfinanzausgleich klagen. Das beschlossen die beiden jeweils aus Union und FDP bestehenden Regierungen am Dienstag bei einer gemeinsamen Kabinettsitzung in Wiesbaden.

Das Ganze sei ein "Akt politischer Notwehr", der Länderfinanzausgleich sei in der gegenwärtigen Form "unsolidarisch, ungerecht und leistungsfeindlich", erklärte Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU). Drei Geber-Länder unterstützten mittlerweile 13 Nehmer-Länder. Baden-Württemberg als dritter Geber-Land lehnt eine Klage derzeit ab. Bayern und Hessen fordern zudem eine Neuregelung für die Stadtstaaten und eine Sonderregelung für Berlin als Bundeshauptstadt. Bis Ende Februar soll der sogenannte Normenkontrollantrag fertig sein und an das Bundesverfassungsgericht übermittelt werden.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-7154/bayern-und-hessen-klagen-gegen-laenderfinanzausgleich.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619